

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 32 (1991)  
**Heft:** 21

**Rubrik:** Zusammenhänge

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## ZUSAMMENHÄNGE

### Polen und der Putsch in Moskau

Polen ist durch den Putsch in Moskau vom August nicht unberührt geblieben. Der Generaldirektor der Zentralen Planungs-Verwaltung «CUP», Jan Parys, hat sich mit den in Warschau damals virulent gewordenen Fragen in der polnischen Wochenzeitung «Solidarnosc» vom 20. September auseinandergesetzt.

Jan Parys berichtet in seinem Beitrag vom Putsch in Moskau und von der dadurch hervorgerufenen politischen Krise, die auch «erhebliche Schwächen in unserem eigenen Lande aufgedeckt hat und für alle, von unten bis zuoberst, zu einem Prüfstein geworden ist. Ganz unzweifelhaft sind dabei einige von einer Art Entschlusslosigkeit befallen worden, und anstatt zu handeln, haben diese das Funktionieren der Dienststellen blockiert, die sie hätten führen sollen».

#### Wie steht es mit der Souveränität?

Parys erwähnt, dass in Polen nach Bekanntwerden des Putsches Krisenstäbe gebildet, in der «CUP» die Bedrohungen analysiert sowie die zu treffenden Massnahmen festgelegt worden seien. Dabei wurden folgende Fragen aufgeworfen:

- Kann in einer solchen Lage der Verteidigungs-Etat gekürzt werden? Müsste nicht eher ein Budget-Defizit erwogen werden?
- Ist die eigene Rüstungsindustrie leistungsfähig genug, wenn man davon ausgeht, dass ein Minimum an eigener Rüstung eine unerlässliche Voraussetzung der Souveränität ist?
- Bezüglich Rüstungsmaterial hängt Polen noch zu stark von der Sowjetunion ab. Es ist dringend notwendig, Rüstungsgüter vermehrt im Westen zu beschaffen. «Das setzt beschleunigte personelle Änderungen voraus. Niemand wird uns modernes westliches Rüstungsmaterial liefern, solange unsere Armee unter dem Einfluss von Warschau-Pakt-Aktivisten steht.»
- Zur Frage der Energieversorgung: «Hier sind zwei Jahre verschlafen worden! Denn schon bei der letzten Energie-Krise war erkennbar geworden, wie sehr wir von einem einzigen Lieferanten abhängen.» In dieser Abhängigkeit sieht Parys eine potentielle Einschränkung der Souveränität.

#### Rückkehr zu alten Abhängigkeiten?

An dieser Stelle erwähnt Parys ein Phänomen, das zeigt, wie fragil die junge Demokratie in Polen ist: Während des Putsches in Moskau ist in Warschau wieder die «Satelliten-Option» in die Diskussion geworfen worden, sowohl von Alt-Kommunisten wie auch von nicht-kommunistischen Linken.

Für diese Option wurden folgende «Argumente» geltend gemacht: Die einzige Gefahr für Polen seien die Deutschen; der Westen habe Polen immer verraten; die Sowjetunion sei jetzt nicht nur demokratisch geworden, sondern auch ein interessanter Markt; die geopolitische Lage verlange die sowjetische Option, die dem Sicherheitsbedürfnis der Sowjetunion Rechnung trägt, «und die ein Recht darauf hat; zudem ist der Begriff *Souveränität* überholt».

#### Beziehungen zu Sowjetrepubliken

Parys dazu: «Alle diese Argumente sind falsch. Sie werden vorgebracht von Leuten, die ehrlich sein mögen, aber naiv sind. Deshalb müssen folgende Argumente diskutiert werden:

- Die bisher ergebnislosen Verhandlungen über den Rückzug der sowjetischen Truppen aus Polen sind fortzuführen, nachdem die im Mai von der Regierung Mazowiecki erhobene Forderung nach Beginn des Abzugs im Dezember 1991 ohne ersichtlichen Grund und insbesondere ohne sowjetische Gegenleistung fallen gelassen worden ist.
- Kosten des Transits der sowjetischen Besatzungstruppen aus der ehemaligen DDR in die Sowjetunion: Hier bezahlen die Sowjets überhaupt nichts; der Vorschlag, dass die Deutschen bezahlen, ist nicht weiter verfolgt worden. So finanziert im Endeffekt Polen diesen Transit, was jedoch zulasten der Arbeitslosen und Rentner geht.
- Die polnischen Politiker haben geschwiegen zur sogenannten Falin-Doktrin, wonach die Sowjetunion verhindern müsse, dass ihre ehemaligen Verbündeten sich anderen Bündnissen wie etwa EG oder NATO anschliessen. Das kann im Westen dahingehend interpretiert werden,

dass Warschau einer weiteren Satellisierung Polens stillschweigend zustimmt, und dem muss vorgebeugt werden.

- Im Osten sind die polnische Politik und die polnischen Interessen nicht genügend klar definiert. Fest steht, dass auch nach dem Zerfall der Sowjetunion Russland eine Grossmacht und damit ein Partner der USA bleibt. Für Polen ist die Anerkennung der Unabhängigkeit der baltischen Republiken selbstverständlich; diese sind weder wirtschaftlich noch militärisch problematisch. Wichtiger ist die Ukraine, wo am 1. Dezember Wahlen stattfinden und wo eine erhebliche militärische Aufrüstung (einschliesslich Kernwaffen) diskutiert wird; falls für Präsident Walesa Auslandsreisen erwogen werden, müsste an die Ukraine gedacht werden. Die polnische Ostpolitik sollte anstreben, die Beziehungen zu den drei Nachbarrepubliken besonders eng zu gestalten. Selbstverständlich ist es, dass alle Polen, die im Gebiet der ehemaligen Sowjetunion (Litauen!) leben und an ihrer Polonität festhalten, unsere Anerkennung und Unterstützung verdienen.

- Die weitere Entwicklung in der Sowjetunion ist schwer vorzusehen. Nach dem Zerfall der KPdSU bleiben als feste Strukturen nur noch das KGB und die Armee; die Einwohner selbst haben keinerlei Organisationen, es besteht nicht einmal eine Kirche. Die demokratischen Kräfte sind noch sehr schwach und kaum organisiert; für die Hilfe zum Aufbau der Demokratie fehlt es noch an Partnern.»

Wie immer die Entwicklung in der ehemaligen Sowjetunion verläuft, Polen wird davon berührt wie ein Frontstaat. In einer solchen Lage ist Neutralität oder gar politisches Abseitsstehen unmöglich.  
Ein letzter Punkt:

- Polen muss die KSZE-Euphorie durch ein Szenario für die Annäherung an die NATO ersetzen, die allein Sicherheit zu bieten vermag, doch wird das viele Jahre dauern. Zudem muss Polen Anschluss an die EG suchen, die ein Faktor der europäischen Stabilität und Sicherheit ist; im wirtschaftlichen Bereich muss die polnische Diplomatie darauf achten, dass nicht kleinliche Überlegungen die Zusammenarbeit hemmen. (Übersetzung: M.K.)